

Marzahn- Hellersdorf

links

DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf · Informationsblatt

Mit Petra Pau wieder in den Bundestag: Für eine starke LINKE, wofür sonst!

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf wird wieder mit Petra Pau in den Bundestagswahlkampf ziehen, denn sie hat sie am 13. Januar 2017 auf einer Vertreter_innenversammlung erneut zu ihrer Direktkandidatin im Bundestagswahlkreis 85 gewählt (siehe Foto: Petra Pau inmitten von Teilnehmenden - Foto: H. Wagner). Der Wahltermin steht inzwischen fest: Am 24. September 2017 wird der 19. Deutsche Bundestag gewählt, und der Wahlkampf ist längst eröffnet. Er wird härter als vorangegangene. Und wichtiger. Dieses Land braucht DIE LINKE mehr denn je als linke Alternative! Letztlich geht es um die Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland stramm nach rechts rückt oder ob das Grundgesetz weiter trägt. Petra Pau will diesen Wahlkampf für soziale Gerechtigkeit, für mehr Demokratie, für Menschen- und Bürgerrechte mit der LINKEN gemeinsam führen, nicht auf Platz, sondern auf Sieg: bei der Erst- und bei der Zweitstimme.

Das LINKE-Wahlprogramm befindet sich in der Diskussion. Deshalb rief Petra Pau einige wesentlichen Streitpunkte auf und sagte jeweils dazu, welche Position sie vertritt:

● „Stichwort Rot-Rot-Grün: Es gibt in unserer Partei jene, die rot-rot-grüne Schnittmengen ausloten, und jene, die das grundsätzlich ablehnen. Ich bin für Ausloten und das aus zwei Gründen. Wer Rot-Rot-Grün prinzipiell ausschließt, gibt der CDU/CSU eine fast Ewigkeitsgarantie aufs Kanzleramt. Das können Linke nicht wollen. Schlimmer noch: Längst hat die CSU einen Wettlauf mit der AfD entfacht, wer rechter ist. Und in etlichen Landesparlamenten gibt es erkennbar Annäherungen zwischen der Union und der AfD. Manche Ältere fühlen sich bereits an 1930 bis 1933 erinnert. DIE LINKE heute muss klüger sein als die KPD damals.

● Das Asylrecht wird im Wahlkampf eine Rolle spielen. Es wurde hierzulande längst verstümmelt. Umso mehr muss DIE LINKE es verteidigen. Das Asylrecht begründet sich für mich übrigens nicht nur aus Artikel 16 Grundgesetz, sondern vor allem aus Artikel 1: ‚Die Würde des Menschen ist unantastbar.‘ Aller Menschen, nicht nur der Schönen und Reichen und nicht nur der Deutschen und Weißen. Und wenn dem so ist, dann kennt das

Recht auf Asyl weder ein Gastrecht, noch Obergrenzen. Es gilt für alle Menschen in Not, Punktum! Das ist in der LINKEN kaum umstritten. Anders sieht es beim Einwanderungsrecht aus, was etwas anderes ist. Ich kenne Linke, die ein Einwanderungsrecht mit Verweis auf offene Grenzen für alle strikt ablehnen. Und ich kenne andere Linke, insbesondere Politiker aus Landesparlamenten, die dafür sind. Ich stimme ihnen zu. Ein linkes



Zuwanderungskonzept gehörte 1998/99 übrigens zu meinen ersten Vorlagen als Bundestagsabgeordnete. ...

● Zu den unter Linken umstrittenen Fragen gehört die Europäische Union. Die einen lehnen sie als kapitalistisches Konstrukt ab. Andere halten sie für eine reformierbare Nachkriegsoption. Auch ich, zumal ein nationalistisches Zurück kreuzgefährlich wäre. Wir brauchen einen grundlegenden Umbau der Europäischen Union und das heißt: Die Macht der Banken muss gebrochen und die EU demokratisiert werden. Als oberster Grundsatz muss sozial & solidarisch gelten, ebenso Abrüstung und globale Entwicklungshilfe als Markenzeichen. Das alles erfordert ein engagiertes Pro-EU. ... Links war und bleibt internationalistisch, nicht nationalistisch. Dazu stehe ich.

● Apropos Digitalisierung: ... Ich meine: Mit der Digitalisierung rast längst etwas auf uns zu, mit enormen Risiken für Bürgerrechte, Freiheit und Demokratie, aber auch mit neuen Chancen, die über den Kapitalismus hinausweisen können.

Nur ist das alles kein Selbstläufer, sondern wie stets eine Frage politischer Kräfteverhältnisse - also folglich eine drängende Herausforderung für Linke aller Couleur.

● Noch mal Bürgerrechte und Demokratie: Sie sind meine Pro-Themen, mein Kontra gilt

Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Wir hatten vor Kurzem den verheerenden Terroranschlag auf einen Berliner Weihnachtsmarkt mit Toten und Verletzten. Wie stets bei solchen Anlässen satteln die Law-and-Order-Politiker drauf und ziehen ein Sicherheitspaket nach dem anderen aus der Lade. Im Kern laufen sie immer auf Dreierlei hinaus: Mehr Geheimdienste, mehr Überwachung und mehr Zentralgewalt. Also weniger Datenschutz, weniger Bürgerrechte, weniger Grundgesetz. Das war bei Otto Schily so und das ist bei de Maizière so. Und genau in diese Falle darf sich DIE LINKE nicht treiben lassen. Wir müssen eine moderne sozialistische Bürgerrechtspartei bleiben! Als Lehre aus der Vergangenheit und aus Verantwortung für die Zukunft.

● Und deshalb noch ein Wort zu Terrorismus. Er wütet längst, auch hierzulande: Terrorismus von rechts. Rassismus entlädt sich inmitten der Gesellschaft. Gewalt und Anschläge auf Menschen und deren Obdach sind an der Tagesordnung. Von einem Krisengipfel oder wenigstens von einem 10-Punkte-Plan der Bundesregierung dagegen ist indes keine Rede. Man nimmt es hin. Auch deshalb brauchen wir einen Politikwechsel mit einer klaren linken Handschrift. Dafür will ich streiten. Und damit keine Missverständnisse aufkommen. Bei aller Option für Rot-Rot-Grün: Ich kämpfe für eine starke LINKE - wofür sonst! Also packen wir es an! Kräftig, gemeinsam und überzeugend.“ **MHI+Auszüge Redebeitrag Petra Pau**

Das finden Sie außerdem in dieser Ausgabe:

Seite 2

Flagge zeigen / Gedenken / Auftakt

Seite 3

Petra Pau: Zurück aus Karlsruhe / Unternehmerfrühstück mit Dagmar Pohle

Seite 4

Rot-Rot-Grün aktuell / Gebietskonferenz Kastanienboulevard

Seite 5

BVV: Erinnerung wachhalten / Aus dem Bezirksvorstand

Seite 6

LeseNetz / Aus den Siedlungsgebieten / Hönower Weierkette

Seite 7

Zur Person: Monika Stief / Die Europäische Linke

Seite 8

Tipps, Termine / Hinten links

Gedenken auf dem Parkfriedhof Marzahn

Am 21. Januar fand am Denkmal zur Erinnerung an die Opfer der Zwangsarbeit 1939–1945 auf dem Parkfriedhof Marzahn die Gedenkveranstaltung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) anlässlich des Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar statt.



Gedenkstele

Foto: K. Dalhus

Bezirksverordnete aller Fraktionen sowie Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle und die Marzahn-Hellersdorfer Abgeordneten Regina Kittler, Manuela Schmidt und Kristian Ronneburg nahmen an der Gedenkveranstaltung teil. Nach den einleitenden Worten durch den Vorsitzenden des Heimatvereins Wolfgang Brauer und den stellvertretenden Vorsteher der BVV, Klaus-Jürgen Dahler (DIE LINKE), hielt die Wahlkreisabgeordnete für Marzahn-Mitte und Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses, Manuela Schmidt, ihre Rede zum Gedenken.

Manuela Schmidt ging in ihrer Rede besonders auf die Sinti und Roma ein, die im Zwangslager Marzahn – von den Nazis euphemistisch als „Zigeunerrastplatz“ bezeichnet – interniert waren. 1938

wurde ein großer Teil der internierten Männer im Zuge der „Aktionen gegen Asoziale“ im Februar und im Juni bei der Aktion „Arbeits scheu Reich“ in das Konzentrationslager Sachsenhausen deportiert. Nach der Auflösung des Lagers im März 1943, wurden die Internierten in

das „Zigeunerlager Auschwitz“ deportiert, wo die meisten ermordet wurden.

Sinti und Roma werden noch immer diskriminiert, beklagte Manuela Schmidt. So fordern Vertreter*innen der AfD, Sinti und Roma in Statistiken als solche zu bezeichnen. Hoffnung schöpft sie hingegen, wenn sich Jugendliche mit den Verbrechen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft beschäftigen. So geschehen beim Jugendforum denk!mal, das im Januar unter der Überschrift „Nichts ist verloren – wenn Du es erzählst!“ zum 14. Mal im Abgeordnetenhaus stattfand. Manuela Schmidt lobte die kreativen Projekte, die in vielfältiger Weise an die Opfer des Nationalsozialismus – dieses Mal besonders an die Sinti und Roma – erinnern und wie sich Jugendliche starkmachen „gegen die heutigen Formen von Rassismus und Diskriminierung und für eine bunte und tolerante Gesellschaft.“



Manuela Schmidt und Klaus-Jürgen Dahler
Foto: T. Braune

Sie bedankte sich zudem bei Petra Rosenberg, Vorsitzende des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg, die das Jugendforum denk!mal 2016 mit ihrer Familiengeschichte begleitet hat und hob ihre Verbindung zum Ort des Gedenkens auf dem Parkfriedhof hervor.

Mit Worten der Hoffnung beendet Manuela Schmidt ihre Rede: „Es sind genau solche Erfahrungen, die mir Hoffnung machen. Hoffnung, dass das tausendfache Leid, der Völkermord an den Sinti und Roma in der Zeit des Faschismus nicht vergessen werden. Und es ist die Hoffnung und zugleich die Erwartung, dass wir auch heute gemeinsam für ein buntes, tolerantes und vielfältiges Berlin eintreten, wo Rassismus und Diskriminierung keinen Platz haben.“

Thomas Braune

Auftakt 2017

Am 10. Januar trafen sich Genossinnen und Genossen aus den BO 42/39/51 zu einer gemeinsamen Beratung. Als Gast wurde Genosse Thomas Nord (MdB) begrüßt. Thema der Veranstaltung war die bevorstehende Bundestagswahl und die Frage einer R2G-Regierungskoalition auf Bundesebene. Ausführlich legte Thomas Nord diejenigen Schwerpunkte dar, die unsere Politikfelder inhaltlich umreißen und die Basis für ein gutes Wahlergebnis garantieren können:

- Friedenspolitik,
- Politik der sozialen Gerechtigkeit und
- humanistische Flüchtlingspolitik.

Diese drei Politikfelder richten sich an unsere Stammwähler, sollen Wechselwähler aus dem gemeinsamen Reservoir mit SPD/Grünen zu uns ziehen und bisherige linke Nichtwähler an die Wahlurne bringen. Mit diesen Feldern stehen wir auch gegen die herrschende Politik der großen Koalition aus CDU/CSU und SPD, von den anderen Parteien wie FDP und



AfD ganz zu schweigen. Zu all diesen Fragen kam es zu einer sehr regen Diskussion mit unterschiedlichen Standpunkten. Die Frage einer R2G-Koalition auf Bundesebene wurde nur kurz angesprochen. Hier müssen die drei Parteien nicht nur eine rechnerische Mehrheit bei der Wahl erreichen. Genauso wichtig ist auch der Wille bei der SPD und den Grünen zu einem Zusammengehen mit der LINKEN, was eine Abkehr von ihrer bisherigen unsozialen und militaristischen Politik bedeutet.

Dr. Uwe Wollmerstädt, BO 39

Flagge zeigen an den Gräbern von Karl und Rosa

Seit Jahren nutzen Genossinnen und Genossen der LINKEN von Marzahn-Hellersdorf die traditionelle Ehrung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Friedrichsfelde für eine Friedensmahnwache. Die Großdemonstrationen für Frieden und Abrüstung sind weniger geworden. Die Kriegsherde und Spannungsgebiete werden immer mehr. Wir erleben jetzt den Aufmarsch von NATO-Soldaten an der russischen Grenze. Hat man nichts aus der Geschichte gelernt?

Wir rufen alle auf, beteiligt euch an Kundgebungen, Demonstrationen, Friedensfahrten und Mahnwachen für ein friedliches und solidarisches Europa. „Frieden ist nicht alles, aber alles ist nichts ohne Frieden“ – ein Zitat von Willy Brandt werden wir bei unseren nächsten Kundgebungen verwenden. Zukünftige Koalitionen müssen Akzente für eine Friedenspolitik setzen.

Bernd Walter

Foto: I. Junghanns



Petra Pau (MdB): Zurück aus Karlsruhe

Das Bundesverfassungsgericht hat Recht gesprochen. Ich war in Karlsruhe dabei. Das Urteil in Kurzfassung: Die NPD ist programmatisch und de facto verfassungswidrig. Aber als Partei ist sie ist zu schwach, um die freiheitlich-demokratische Grundordnung tatsächlich außer Kraft zu setzen. Anders, als von den 16 Bundesländern 2013 beantragt, wird die NPD daher nicht verboten.

Der Richterspruch war diesmal einmütig – im Gegensatz zu den Kommentaren dazu. Der von mir geschätzte Journalist Heribert Prantl geißelte das Urteil als fatale Fehlleistung. Der nicht minder kompetente Sozialforscher Prof. Wilhelm Heitmeyer nannte das NPD-Verbotsverfahren hingegen ein grandioses Ablenkungsvermögen von dem viel größeren Rechtstrend inmitten der Gesellschaft.

Unternehmerfrühstück mit Dagmar Pohle

Auf Einladung von Petra Pau und dem linken Wirtschaftsverband OWUS fand am 27. Januar das erste Unternehmerfrühstück in diesem Jahr statt. Als Gast wurde die wiedergewählte Bezirksbürgermeisterin von Marzahn-Hellersdorf, Dagmar Pohle, begrüßt, die zugleich maßgeblich an der Aushandlung der Koalitionsvereinbarung der rot-rot-grünen Landesregierung beteiligt war. Dies stand auch im Mittelpunkt des Gesprächs. Neben den neuen Akzenten in der Finanzierung der Bezirke durch das Land im Bereich der Investitionen, insbesondere für Bildung oder in der Stellenpolitik für die Verwaltungen der Bezirke, führte Dagmar Pohle weitere Themen aus den Koalitionsverhandlungen aus, wie: Strategien und Handlungsansätze zur Fortsetzung der Arbeitsmarktpolitik, der Beförderung erfolgreicher Wirtschaftspolitik oder zur Wohnungswirtschaft. In der zum Teil emotional geführten Diskussion wurden Probleme berührt wie das e-Government, die innere Sicherheit, die Förderung der gemeinwohlorientierten Wirtschaft, die Haltung der Koalition zur Abschiebung von Flüchtlingen und auch die

Richtig ist: Kommt eine Bank ins Schleudern, jagt im Kanzleramt ein Krisengipfel den anderen. Kommen die Demokratie und überhaupt das Grundgesetz ins Wanken, herrscht tiefes Schweigen. Dabei sprechen die Fakten für sich: Die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nimmt zu und die Gewaltwelle bundesweit hat längst rechtsterroristische Ausmaße. Dagegen hilft allerdings kein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes. Gefragt sind vielmehr ein gesellschaftlicher Aufstand der Anständigen und mehr Anstand der politisch Zuständigen.

Neben vielen Nuancen birgt die Urteilsbegründung drei wichtige Hinweise. Der erste: Ein Verbot, wie seinerzeit der KPD, wäre heute wohl nicht mehr möglich. Das wurde vom Gericht zwar nicht explizit gesagt. Aber die aktuellen Verbotskriterien schließen das aus.

Arbeit mit AfD-Mitgliedern in der BVV und im Bezirksamt. Thema war erneut auch die Zwangsmitgliedschaft von Unternehmen in den Kammern (IHK, Handwerkskammer etc.). Da die Teilnehmenden am Gespräch sich einig waren, dass diese Zwangsmitgliedschaft abgeschafft gehört, schlug Erika Maier vor, gemeinsam ein Schreiben mit dieser Forderung an die Programmkommission der LINKEN zur Vorbereitung der Bundestagswahl zu verfassen.

Die ca. 35 Teilnehmenden erhielten in den zwei Stunden eine Fülle von Informationen und Anregungen, die sie anschließend bei Kaffee und den obligatorischen Schmalzstullen während der individuellen Gespräche weiter diskutieren konnten.

Die Tradition der seit 1998 durchgeführten Unternehmerfrühstücke soll natürlich weitergeführt werden und interessierte Gäste sind immer willkommen. Angeregt wurde, zu solch einem Frühstück die Wirtschaftssenatorin von Berlin, Ramona Pop, einzuladen, um mit ihr über die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung in ihrem Verantwortungsbereich zu sprechen.

Hilka Ehlert

Neujahrsempfang im Abgeordnetenbüro

Am 20. Januar fand im Abgeordnetenbüro von Regina Kittler und Manuela Schmidt am Helene-Weigel-Platz der alljährlicher Neujahrsempfang statt. Viele Gäste – bekannte und neue Gesichter – folgten der Einladung und konnten zur Einstimmung dem Geigenspiel von Tanja Swoboda (Foto)



lauschen, die Stücke von Haydn und Vivaldi spielte. Anschließend gab es die Möglichkeit, sich bei Snacks, Wein und Prosecco kennenzulernen und über bezirkspolitische Themen

ins Gespräch zu kommen. Unter den Gästen waren auch die Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle, der Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion Marzahn-Hellersdorf, Bjoern Tielebein, und der Bezirksvorsitzende der Marzahn-Hellersdorfer LINKEN, Norbert Seichter, sowie Vertreter*innen aus Kultur, Politik und Wirtschaft.

Thomas Braune
(Text und Foto)

Der zweite: Wenn Mitglieder der NPD Straftaten begehen, so sei das vor allem und unmittelbar ein Fall für die Polizei und die Justiz. Man kann das durchaus als höchsttrichterliche Kritik an der üblichen Behördenpraxis lesen.

Der dritte: Ob einer verfassungswidrigen Partei, wie der NPD, Steuergelder zustehen oder nicht, dieser Frage möge sich der Bundestag annehmen. Da allerdings werde ich hellhörig zurückhaltend.

Die NSDAP hatte jedwede Widersacher verboten oder in den Untergrund getrieben. Es war eine demokratische Lehre aus dieser Nazi-Zeit, dass Parteien nie mehr über andere Parteien richten dürfen. Politisch: Ja! Rechtlich: Nein!

Ich halte diese Philosophie des Grundgesetzes nach wie vor für richtig.

Bücherkiste:

„STAATSANWALT OHNE ROBE DDR-Staatsanwälte im sozialistischen Rechtsstaat“

Soeben erschienen ist dieses Buch von eineinhalb Dutzend DDR-Staatsanwälten über ihre Arbeit aus vier Jahrzehnten und aus vielen Bereichen. Darin sieht man, dass vieles gleich war wie in der Tätigkeit heutiger Staatsanwälte, aber auch Entscheidendes anders.

Es gab mehr Nähe zu den Menschen, sie waren in Betrieben, Schulen und in Wohngebieten. Werkätige wirkten in der DDR nicht nur als Schöffen mit, sondern als gesellschaftliche Verteidiger, Ankläger oder Kollektivvertreter. Der Weg zur Wahrheit (Entscheidung, Urteil) musste aus der Akte erkennbar sein und war im Ganzen nach Rechtsmitteln überprüfbar. Und: Es wurde kein „Unrechtsstaat“ geschützt.

Erschienen im Verlag Wiljo Heinen, Berlin
347 Seiten, 18 Euro
ISBN 978-3-95514-030-4.
Herausgeber:
Hans Bauer/Gudrun Benser

MHI

Kristian Ronneburg (MdA):

Rot-Rot-Grün setzt 100-Tage-Programm um und muss weiter an gegenseitigem Vertrauen arbeiten

Zugegeben: Der Start von Rot-Rot-Grün in Berlin hätte besser sein können. Wochenlange Diskussionen über die Benennung Andrej Holms als Staatssekretär für Wohnen und eine zerrissene SPD, die es mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Raed Saleh nicht schafft, mühsam errungene Einigungen hinsichtlich der Stärkung der Sicherheitspolitik nach dem Attentat vom Breitscheidplatz auch nach außen hin zu vertreten, haben jedenfalls das Vertrauen in die Koalition nicht gestärkt. Da hilft es auch nicht zu sagen, dass man jetzt nach diesen schwierigen Wochen doch endlich an die Arbeit gehen könne. Der Senat und die Koalitionsfraktionen arbeiten längst und erhöhen die Dynamik Schlag um Schlag, doch was uns noch fehlt, ist das gegenseitige Vertrauen. Die SPD muss verstehen, dass wir nur als gleichberechtigte Partner in der Koalition Erfolg haben werden. Neuerliche Diskussionen um einen „Führungsanspruch“ der SPD sind völlig fehl am Platz, die „Koch-Kellner-Spiele“ müssen endlich aufhören.

Die Fraktion und die Partei bedauern, dass sie ihre anspruchsvollen Ziele für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums für alle Menschen, nicht mit Andrej Holm im Senat werden umsetzen können. Auch wir haben Fehler be-

gangen und stehen zu unserer Verantwortung für ihn und seine Familie. Andrej hat angekündigt, dass er nun mehr zu seinen Wurzeln zurückkehren und als Aktivist den Senat in der Wohnungspolitik treiben wird. Diesen außerparlamentarischen Druck, aber auch die Bereitschaft konstruktiv für Verbesserungen für die Mieterinnen und Mieter in dieser Stadt zu arbeiten, werden wir brauchen.

Von der rechten Opposition ist hier nichts zu erwarten. Die AfD hat erst in der jüngsten Sitzung des Abgeordnetenhauses am 26. Januar 2017 mit ihrer Forderung nach einer Absenkung der Grunderwerbssteuer unter Beweis gestellt, dass sie gemeinsam mit der FDP die Bodenspekulation fördern wollen. Mit ihren Forderungen, eine halbe Milliarde Euro als Eigenheimzulage zu verschenken, die Mietpreisbremse abzuschaffen und den sozialen Wohnungsbau zu verkaufen, zeigt die AfD einmal mehr, dass sie eine unsoziale und neoliberale Partei ist.

Der LINKEN geht es hingegen um die soziale Regulierung des Bodens, deswegen wollen wir Flächen für den Wohnungsbau nur in Erbpacht vergeben und Private dazu anhalten

30% neuer Wohnfläche für bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. In Berlin herrscht eine riesige Konkurrenz um Flächen. Rot-Rot-Grün wird eine Politik für die gesamte Stadt machen und auch für die Verbesserung der sozialen Infrastruktur sorgen, denn wir brauchen nicht nur Platz für Wohnungen, sondern vor allem für neue Schulen, Kitas, Spielplätze und vieles mehr. Die LINKE Senatorin Lompscher hat als eine ihrer ersten Amtshandlungen veranlasst die Mieterhöhungen im sozialen Wohnungsbau zum 1. April 2017 auszusetzen. Mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften will der Senat in den nächsten Jahren 50.000 neue Wohnungen bauen. Dies sind erste wichtige Schritte der neuen Koalition hin zu einer sozialen Mieten- und Wohnungspolitik für Berlin!



Kristian Ronneburg ist direkt gewähltes Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses im Wahlkreis 6. Foto: DIE LINKE. Berlin

Quartiersmanagement, Anwohner und Vereine arbeiten an Zukunftsvision für den Kastanienboulevard

Seit einigen Monaten arbeitet ein engagiertes Team für das Quartiersmanagement Kastanienboulevard, um die Nachbarschaft zu aktivieren und kleine Projekte zur Gestaltung des Quartiers im Rahmen eines „Aktionsfonds“ auf den Weg zu bringen. Jetzt geht es an die dicken Brocken. Für den 26. Januar rief das Quartiersmanagement die Anwohnerschaft und alle Interessierten zur Teilnahme an einer Gebietskonferenz auf. Ziel ist die Erarbeitung eines so genannten Integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzepts für den Kastanienboulevard.

An Thementischen wurde über die Themen Bildung, Jugend, Arbeit, Ausbildung, Wirtschaft, Nachbarschaft, Integration, Gemeinwesen und öffentlicher Raum diskutiert.

Als wichtigstes Ziel formulierten die Anwesenden die Aufwertung und Belebung des

Boulevards. Nicht zuletzt die Vernetzung untereinander soll deswegen gestärkt werden,



Auf der Gebietskonferenz Kastanienboulevard tauschten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer rege aus. Foto: K. Ronneburg

unter den Gewerbetreibenden wie auch unter den Bildungseinrichtungen. Die Gestaltung des öffentlichen Raums bewegt viele: Die Beleuchtung entlang des Boulevards soll ver-

bessert, das Müllproblem angegangen und Bänke und Spielplätze sollen saniert werden.

Größtes Ärgernis: Die seit Jahren leerstehende Kaufhalle. Dieses Problem wird das Bezirksamt nur gemeinsam mit dem Eigentümer klären können.

Nachdem der Eigentümer von seinem ursprünglichen Versprechen, das Gebäude abzureißen, zurücktreten ist, werden Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle und ich als Wahlkreisabgeordneter erneut das Gespräch mit dem Eigentümer suchen

und für eine Lösung im Sinne der Anwohnerinnen und Anwohner werben.

Kristian Ronneburg (MdA)

Die Erinnerung wachhalten

Die BVV-Sitzung im Januar begann mit einer Feierstunde anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus, der jährlich am 27. Januar begangen wird. Worte des Gedenkens sprach unsere Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle. In ihrer Rede würdigte sie die Verdienste Roman Herzogs um diesen Gedenktag und seine Bemühungen um Aussöhnung mit dem jüdischen Volk und Israel sowie mit den europäischen Nachbarstaaten, die Opfer der nationalsozialistischen Barbarei wurden. Als am Morgen des 27. Januar 1945 die Rote Armee das Vernichtungslager Auschwitz befreite, war das Grauen für die Soldaten unfassbar, sagte Pohle. Leider gebe es die Fahrten nach Auschwitz, um die sich Schüler*innen aus Marzahn-Hellersdorf mit kümmerten, nicht mehr, bedauerte Pohle. Die Erinnerung an die Shoa werde aber nach wie vor gepflegt: So befassten sich immer wieder Schüler*innen mit Opfern der Shoa aus Marzahn-Hellersdorf und organisierten die Verlegung von Stolpersteinen. Pohle warnte davor, die Geschichte zu relativieren, wie es Feinde der Demokratie immer wieder tun. Rassismus und Nationalismus gelte es entgegenzutreten und eine offene und vielfältige Gesellschaft zu verteidigen.

Die anschließenden Erklärungen zweier Verordneter der AfD-Fraktion waren wie Hohn auf diese Worte Pohles. Der Ordnete Pochandke kritisierte in seiner persönlichen Erklärung das Gedenken der BVV am 21. Januar auf dem Parkfriedhof Marzahn und gab dabei seine krude Weltsicht zum Besten. Er relativierte die Ideologie und die Verbrechen des Nationalsozialismus, indem er fragte, welche Mechanismen Menschen dazu brächten, ihre Nachbarn umzubringen, um gleich darauf zu fragen, wie „entwurzelt“ Menschen sein müssten, die mit linksradikalen Parolen im Stadtbild konfrontiert seien. Zudem solle die Politik dazu beitragen, dass die Menschen im Bezirk ihre Identität bewahren könnten. Dies solle dabei helfen, der Opfer des Nationalsozialismus angemessen zu gedenken. Dabei ist es gerade die Vorstellung einer widerspruchsfreien, in Deutschland zumeist völkisch verstandenen, Identität, die zu Ausgrenzung und zur Konstruktion von Feindbildern verwandt wurde und wird.

In der zweiten persönlichen Erklärung der AfD äußerte sich der Ordnete Wiemann zu den Facebook-Kommentaren des AfD-Verordneten Pachal, in denen er die „kluge Politik“ des Nazi-Verbrechers Reinhard Heydrich hervorgehoben hatte. Wiemann distanzierte sich nicht von diesen Äußerungen. Vielmehr hätten der Ordnete Geidel (SPD) und unser Fraktionsvorsitzender Bjoern Tielebein die Facebook-Zitate aus dem Zusammen-

hang gerissen. Dies sei Hasspropaganda und eine Schmutzkampagne. Pachal stehe voll auf dem Boden des Grundgesetzes. Wiemann wiederholte dann die Aussagen Pachals: „Bekanntlich gab es kluge und dumme Nationalsozialisten“ und „entsprechend klug oder dumm ausgeführte Politik.“ Unser



Foto: K. Dalhus

Verordneter Norbert Seichter kündigte zum Ende der BVV-Sitzung an, diese Erklärung auf ihre strafrechtliche Relevanz hin überprüfen zu lassen.

Im folgenden Bericht aus dem Bezirksamt verkündete unsere Bezirksstadträtin Juliane Witt, dass für die im vergangenen Jahr freigezogenen Turnhallen Gelder zur Sanierung zur Verfügung stehen. Der SPD-Bezirksstadtrat Gordon Lemm teilte mit, dass die Evaluati-

on zur Frauensporthalle vorliege und in der nächsten BVV-Sitzung zur Kenntnis gegeben werde.

Der Antrag der SPD zur Wiedereinführung der wohnortnahen Altglascontainer wurde einstimmig beschlossen. Unsere Ordnete Janine Behrens wies hier noch mal auf das Engagement der Linksfraktion für die Altglascontainer in der vergangenen Wahlperiode hin.

Auf unsere Große Anfrage zum Bürgerhaushalt, dessen Abstimmungsphase am 27. Januar endete, antwortete Dagmar Pohle, dass das Bezirksamt viel für das Verfahren geworben habe. Die Abstimmungsphase hätte gezeigt, dass es weiterhin ein großes Interesse an der Mitbestimmung beim Haushalt gebe. Es sollte aber diskutiert werden, ob in den Stadtteilzentren nicht auch wieder manuell und nicht nur an Computern abgestimmt werden könnte.

Weitere Meldungen:

- Mit 33 Ja-Stimmen (von 52 gültigen Stimmen) wurde unsere Ordnete Sabine Schwarz zur Beisitzerin im Vorstand der BVV gewählt.
- Unser Antrag für den Erhalt und den Ausbau öffentlicher barrierefreier Toiletten wurde mehrheitlich beschlossen.
- Unser Antrag – mit Beteiligung von SPD und CDU – Resolution: Die Marzahn-Hellersdorfer BVV für Vielfalt und Demokratie wurde nach einer hitzigen Diskussion nach 22:00 Uhr mit den Stimmen der LINKEN, von SPD, CDU und der Gruppe der Bündnisgrünen beschlossen.

Thomas Braune (Foto: K. Dalhus)

Aus dem Bezirksvorstand: Dicke Luft

Im Januar startete der Vorstand der LINKEN im Bezirk so ähnlich wie R2G in Berlin. Zuerst recht geräuschlos und geschmeidig. Der Finanzplan der LINKEN. Berlin bekam in Anwesenheit der Landesschatzmeisterin Sylvia Müller das ungeteilte Wohlwollen ausgesprochen. Auch wenn nachdrücklich angemahnt werden musste, das hier zu holende Direktmandat mit überbezirklichen Anstrengungen zu verteidigen.

Doch dann, als die Schatzmeisterin als Gast die Runde verließ, verbreitete sich eine gereizte Atmosphäre, die Diskussion war mit giftigen Bemerkungen durchsetzt, aber warum? Als langjähriger Teilnehmer an den Runden stand auch ich vor einem Rätsel. Hatte etwa der Vorsitzende seine längeren Monologe über das übliche Maß hinaus ausgedehnt? Hier muss ich den Kopf schütteln, nein, alles so wie immer. Erregten sich etwa die Älteren über die Jüngeren, die während der manchmal wenig aufregenden Debatten schon mal auf Smartphones und Laptops ganz woanders verweilen als im bezirklichen Kleinklein? Nein, auch hier alles wie üblich, keine besonderen Exzesse. Oder waren etwa die Themen so brisant? Mit dem Arbeitsplan

für das erste Halbjahr und der Vorbereitung der Vertreter_innenversammlung am 13.1. eher etwas aus der Routine-Schublade, das keinen Anlass für besondere Scharmützel liefern sollte.

Bleibt mir nur die Vermutung, dass der Fehlstart der Berliner Linkskoalition am Jahresanfang und der internationale und deutsch-nationale Rechtsruck am Start von Trumps Präsidentschaft in linken Seelen dicke Luft produzieren. Die tröstende Hoffnung also, dass die Ursachen jenseits der Bezirksgrenzen liegen. Zumindest nach außen machte der Vorstand seine Hausaufgaben und bereitete die Nominierung Petra Paus ordentlich vor: Über 90 % Zustimmung der Vertreterinnen und Vertreter der bezirklichen LINKEN für die Direktkandidatin sind ein klares Signal an die Bürgerinnen und Bürger im Bezirk.

Da kann die Basis nicht meckern. Der Ausfall der zweiten Vorstandssitzung im Januar war Termingründen geschuldet. Das Wiedersehen in trauriger Runde, die gelegentlich zu Lagerkoller neigt, also auf Anfang Februar verschoben. Die aufgeheizten Gemüter haben also eine zusätzliche Frist bekommen, um sich abzukühlen. Uli Clauder

„Rindsviecher“ in der Weiherkette ?!

Die Hönower Weiherkette (HWK) umfasste mal zwölf Gewässer, Sölle, Pfuhle, kleine Seen, einige inzwischen weitgehend ausgetrocknet infolge Wegfalls der Rieselfelder und Schaffung der Neubauten in den 1980er Jahren sowie klimatologischer Veränderungen. In geeigneter Form hydrologische Verhältnisse wiederherzustellen oder zumindest zu verbessern, wird eine Herausforderung. Gelingt es – unter Einschaltung z.B. einer biologischen Klärung – Straßenabwässer einzuleiten, Wasser von Dächern hineinzubringen oder gar Tiefbrunnen anzulegen? Derzeit wird das Pflege- und Entwicklungskonzept überarbeitet. Angesichts „knapper Kassen“ bzw. in Folge der Privatisierung der Grünflächenpflege möchte



Hier ein Schottisches Hochlandrind auf der Grünen Woche, vielleicht sind seine Verwandten bald hier zu Hause? Foto: F. Beiersdorff

man dazu übergehen, Flächen in der HWK einer extensiven Beweidung – durch Schottische Hochlandrinder – zu übergeben. Nach anfänglichen Irritationen möchte man seitens des beauftragten Landschaftsplanungsbüros die Anwohner_innen einbeziehen. In einer ersten Planungswerkstatt am 25. Januar ging es um die Präferenzen der Anwohner_innen, welche Plätze und Wege gemocht, welche gemieden werden, wo es Konflikte mit anderen Nutzungen gibt (z.B. Hunderauslauf, Hundekot etc.) Ein Ergebnis könnte sein, dass man die Hochlandrinder nicht nur „arbeiten“ lässt, sondern mit Beobachtungspunkten auch Naturerlebnis und Umweltbildung „am lebenden Objekt“ ermöglicht. Es kann einerseits Naturerlebnisräume für die Kinder der Umgebung geben, gleichzeitig aber auch Schutz bzw. Wiederansiedlung wichtiger „Zeigerarten“ wie Steinschmätzer, Neuntöter und Braunkehlchen. Auch die Rotbauchunke soll mit ihrem Bestand erhalten bleiben. Ebenso wie seltene Naturdenkmale wie die alte Steinweichel unweit des Weidenpfuhls. Die Hochlandrinder sollen wechselseitig verschiedene Bereiche „pflegen“, natürlich geht es auch um das „Wie“ der Absperrung der „Rindsviecher“. **Die 2. Planungswerkstatt soll am 6.4.2017 um 17.30 Uhr wieder im „Haus am Beerenpfuhl“, Tangermünder Straße 30, 12627 Berlin, „steigen“. Frank Beiersdorff**

Gläsern

Phantasieblumen aus Eis
vergänglich
wie eine Sommerliaison

Janina Niemann-Rich

LeseNetz Marzahn-Hellersdorf 2017

Die Ehrenamtlichen, die vor zweieinhalb Jahren in der Alten Börse für das Lesen und die kulturvolle Volksbildung antraten, sind weniger geworden. Erwartungen haben sich nicht erfüllt und Wahlkampf war der Politik 2016 wichtiger. Nichtsdestotrotz hat Ende November das LeseNetz rechtzeitig einen Fördermittelantrag für 2017 gestellt, um seine beiden Schwerpunkte 6. LeseTage vom 13. bis 18. November (Abschlussveranstaltung am 20. 11. in der Aula des Siemens-Gymnasiums) und 3. SommerLeseFest am 25. Juni auf dem IGA – Campus am Wuhleteich realisieren zu können. Die Haupttermine stehen lange fest, doch die konkreten Vorbereitungen mit den zu vernetzenden Partnern in den Bezirksämtern und den Schulen sollten jetzt auf der ersten Arbeitsberatung am 23. Januar im Siemens-Gymnasium beginnen. Ein paar LN-Aktive fehlten krankheitsbedingt – die seitens der Schulen und Bezirksämter Eingeladenen gänzlich. Deshalb vorerst nur digitale Kommunikation. Zu Hoffnungen berechtigt der Antrag des Kulturamtes auf Förderung des „Weiteren Aufbaus und Stärkung des bezirklichen Lesenetzwerkes“. Die BVV befasste sich am 26.1. damit. Sollte dieser Antrag bis zur Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt durchgehen und auch dort bewilligt werden, dann könnte in Marzahn-Hellersdorf eine „Koordinator“-Stelle eingerichtet werden, deren künftige/r Inhaber/-in sich diesem Volksbildungsthema arbeitstäglich widmen würde, was uns Ehrenamtlichen natürlich nicht möglich ist.



Bernd-R. Lehmann
für das LeseNetz M-H

Anno vorgestern

Als Hofnarr von heute
darf ein Kabarettist
der nicht auf die Rattenfänger-Pfeife
von Fernsehmedien hört
in ihnen die Wahrheit sagen
über thronende Ideologie
über zepfernde Konzeptlosigkeit

Jürgen Riedel

Aus den Siedlungsgebieten: Gedenkorte ehren und bewahren!

Die Bezirksverordnetenversammlung, das Bezirksamt und der Heimatverein Marzahn-Hellersdorf gedachten im Januar 2017 gemeinsam mit den Kameraden des VVN-BdA der Opfer der faschistischen Nazidiktatur an der Stele für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter sowie auf der Bezirksverordnetenversammlung. Sie brachten aus Anlass des vom früheren Bundespräsidenten Roman Herzog eingeführten „Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ ihre Wertschätzung gegenüber den sechs Millionen ermordeten Juden, den Opfern des antifaschistischen Widerstandes, der Roten Armee und der anderen Alliierten sowie den Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern zum Ausdruck.

Heute die Opfer des Faschismus zu ehren heißt zugleich, sich mit rechtsextremen, ausländerfeindlichen und rassistischen Tendenzen in der Gesellschaft auseinanderzusetzen. Dazu zählt auch die Bewahrung der Gedenkorte des Bezirkes. Hierzu zählt auch die Open-Air-Ausstellung des Lagers Kaulsdorfer Straße 90, welche am 1. Mai 2013 durch das Bezirksmuseum eröffnet wurde. Das Gelände am Rande der Wuhle gehörte bis Anfang der 1930er Jahre dem in Erkner lebenden Juden Felix Walter. Im Jahre 1938 wurde er von den Nazis enteignet. Die Nazis begannen mit dem Bau eines Gemeinschaftslagers für Arbeitskräfte der Deutschen Reichsbahn.

Ab 1940 wurden hier zuerst französische und ab 1942 auch sowjetische Kriegsgefangene unter katastrophalen Bedingungen eingesperrt und zur Zwangsarbeit verpflichtet. Sie bewohnten einstöckige Baracken und für fünfzig Personen gab es nur einen Tisch. Die Zwangsarbeiter waren völlig unterernährt und besaßen lediglich zerrissene und verschmutzte Kleidung. Die meisten waren durch den Hunger aufgedunsen und versuchten, dem langsamen Sterben durch die Flucht zu entkommen.

Viele kamen bei den Luftangriffen der Alliierten im Winter 1943/1944 ums Leben. Erst am 23. April 1945 konnten sowjetische Truppen das Zwangsarbeiterlager befreien. Es waren unsagbar viele, die hier in unserem Siedlungsgebiet ermordet wurden oder durch Hunger und Elend ums Leben kamen.

Vergessen wir nie, dass das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte auch hier bei uns seine furchtbaren Spuren hinterlassen hat. Lassen wir niemals wieder zu, dass Rechts-extreme und Nationalisten über unsere und andere Nationen bestimmen können.

Klaus-Jürgen Dahler
Bezirksverordneter

Zur Person: **Monika Stief**

Monika Stief ist 71 Jahre alt, wohnt seit 1981 in Kaulsdorf-Nord und ist seit 2005 Rentnerin. Davor war sie Lehrerin für Kunst und Geschichte. 1972 trat sie in die SED ein und gehört seit ihrer Gründung der LINKEN an. Neben ihrem Engagement in der Partei ist sie auch sozial aktiv.

● *Monika, du bist Basisgruppensprecherin in Hellersdorf. Wie kann man sich diese Funktion vorstellen?*

Genau, seit 2004 bin ich Sprecherin der BO 77. Diese BO besteht aus zwei Gruppen – einer Seniorengruppe, die sich im Pflegeheim trifft, und einer Gruppe im Wohngebiet. Das sind alles Mitglieder, die nicht mehr im Berufsleben stehen. Deshalb führen wir Mitgliederversammlungen im Pflegewohncenter „Wuhlepark“ und bei einem Genossenehepaar in der Wohnung durch. Insgesamt sind wir 16 Genossinnen und Genossen. Meine Aufgabe als BO-Sprecherin sehe ich vorrangig darin, die Mitglieder über die politische Arbeit unserer Bezirksorganisation zu informieren, da die Mehrzahl unserer Mitglieder nicht mehr an Veranstaltungen, die DIE LINKE organisiert, teilnehmen kann. Dazu werbe ich die Beratungen der Hauptversammlungen, die Gesamtmitgliederversammlungen und die Basissprecherberatungen aus. Die Mitglieder sind sehr interessiert zu erfahren, was in Marzahn-Hellersdorf geschieht, welche Aufgaben und Ziele sich DIE LINKE stellt und wie sie sie umsetzt. Dabei führen wir einen regen Gedankenaustausch. Die Tätigkeit unserer Bezirksverordneten, Berliner Abgeordneten und im Bundestag wird interessiert verfolgt. Viele Mitglieder informieren

sich mit großem Interesse über die Medien und haben viele Fragen dazu. Wir feiern auch gemeinsam – zum Beispiel den Frauentag oder runde Geburtstage.

● *Du bist neben deiner politischen Arbeit auch im „Grünen Haus“ in Hellersdorf – einer Begegnungsstätte für Jung und Alt – ehrenamtlich tätig. Was machst du dort?*

Dort bin ich hauptsächlich für Projekttag für Kinder im Grundschulalter zuständig. Kreatives Gestalten mit Holz, Leinen und anderen Materialien aus der Natur steht dabei



Monika Stief vorm Eingang zum Grünen Haus. Foto: T. Braune

im Vordergrund. Projekttag zum Thema gesunde Ernährung mache ich auch. Dabei bereite ich mit den Kindern ein gesundes Frühstück zu. Außerdem betreue ich eine Se-

niorengruppe mit acht Pflegebedürftigen. Wir spielen, basteln und machen Gedächtnistraining. Einmal im Monat gibt es noch das Kulturcafé. Da wird gesungen, wir beschäftigen uns mit Künstlern oder im Sinne Hildegard von Bingen mit Kräutern. Ab und an komme ich auch mit Leuten über Politik ins Gespräch und kann dann die Vorhaben und Ziele unserer Partei erläutern.

● *Welche Veränderungen wünschst du dir für Marzahn-Hellersdorf?*

Für mich stehen der Kampf gegen Kinder- und Altersarmut, die Sanierung von Schulen und Kitas, die Erhaltung der kulturellen Einrichtungen, der Bau bezahlbarer Wohnungen und das Zurückdrängen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Vordergrund. Einiges wurde schon erreicht. Ich denke DIE LINKE kann – auch in Zusammenarbeit mit den anderen demokratischen Parteien – hier aber noch viel erreichen.

● *Was kann DIE LINKE tun, um wieder mehr Wähler*innen für sich zu gewinnen?*

Wir als Mitglieder der LINKEN müssen noch konsequenter als bisher über unsere Vorhaben, Ziele und Ergebnisse informieren. Oft wissen die Bürgerinnen und Bürger nicht, dass viele Projekte im Bezirk von der LINKEN realisiert wurden. Eine Möglichkeit, mehr Wähler zu gewinnen, sehe ich in der intensiveren Nutzung persönlicher Gespräche vor Ort, z. B. bei regelmäßigen Einwohnerversammlungen. Wir müssen die Sorgen, Nöte und Vorschläge der Bürger aufgreifen und sie zum Mitmachen gewinnen, wie z. B. beim Bürgerhaushalt.

Das Gespräch führte Thomas Braune

Die Europäische Linke

Judith Benda zu Gast in den Basisgruppen Mahlsdorf und Kaulsdorf-Süd

Europäische Linke: 6,00 Euro unser jährlicher Mitgliedsbeitrag, aber unser Wissen darüber ist recht gering – packen wir es an. Judith fütterte uns mit vielen Zahlen, Fakten und Themen, die zur Diskussion in der Europäischen Linken anstehen. Hier einige Schwerpunkte ihrer Ausführungen.

Die Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke, zu der auch unsere Abgeordneten gehören, hat 52 Mitglieder aus nicht allen, aber vielen europäischen Ländern. Bei den Christdemokraten sind es 217, bei den Sozis 189 Mitglieder. Die aktuelle Lage in der EU ist geprägt durch Abschottung, was in der Flüchtlingspolitik und am Verhalten zur Türkei sichtbar wird. Sie ist weiter von einer immer stärkeren Polarisierung von Arm und Reich gekennzeichnet. Nach einer Analyse der Bertelsmann-Stiftung ist in Europa fast jeder vierte Bürger von Armut bedroht. Die Rechte organisiert sich immer stärker europaweit und darüberhinaus. Dem muss eine

starke linke Bewegung entgegenwirken. DIE LINKE muss mutig das aussprechen, was ist. Kritik an der EU und den Zuständen in vielen



Blick in die Diskussionsrunde mit Judith Benda (vorn Fenster sitzend).

Foto: D. Franek

Ländern darf sie nicht den Rechtspopulisten überlassen. Eine unkritische Verteidigung der real-existierenden EU als »kleineres Übel« ist nicht hilfreich, sondern treibt den Rechtspopulisten Wähler zu. Wer, wie DIE LINKE, die Gesellschaft verändern will, muss den herrschenden Konsens in Frage stellen.

Vom 16.-18. Dezember 2016 fand in Berlin der 5. Kongress der Partei der Europäischen Linken (EL) statt. Dabei ging es zum einen um

die politische Ausrichtung der Europäischen Linken, mit dem Ziel, weitere Bündnisse zu schaffen, und zum anderen um eine Neubesetzung der Führungsspitze. Zum neuen Präsidenten wurde Gregor Gysi gewählt, dem vier Vizepräsidenten zur Seite stehen.

Aus der Fülle der Informationen eine Auswahl zu treffen wird zu ungerecht. Zur Lage der EU und der EL hat Judith Benda in der Mitgliederzeitschrift Disput geschrieben und uns weiteres Material mitgebracht, was ich an die Geschäftsstelle schicke, und ihr könnt dort bei Bedarf nachfragen.

Da unser alter Veranstaltungsort, dass Café Krüger geschlossen ist, war dies unsere erste Zusammenkunft im Gasthaus Hubertus (mit neuem Betreiber). Der Termin war so langfristigt, das er nun auf einen Ruhetag fiel. Der Chef öffnete diesen Abend nur für uns. Die angebotenen Portionen waren üppig und damit auch recht teuer. Dies muss sich zu den nächsten Terminen erst einspielen. Na, sehen wir optimistisch schweren Zeiten entgegen.

Lore Held
BO 67/68

<http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/termine/>

Rotes Sofa: Marx in der Karikatur - Vernissage

» 15.2., 18.30 Uhr, Abgeordnetenbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin, Vernissage - „Grüß Gott! Da bin ich wieder!“ - Karl Marx in der Karikatur, zur Ausstellungseröffnung Gespräch mit dem Literatur- und Kunstsammler Hans Hübner

Wanderausstellung des Bundestages

» 20.-25.2., Wanderausstellung des Deutschen Bundestages im Marktplatz-Center, Stendaler Straße 24, 12627 Berlin, jeweils zu den Öffnungszeiten des Centers

Treffen der Linksjugend Marzahn-Hellersdorf

» 2.2., 16.2., 2.3., 16.3., 30.3., 13.4. jeweils 19 Uhr, La Casa, Wurzener Str. 6, 12627 Berlin

Rosen für Clara

» 8.3., 13 Uhr, anlässlich des Internationalen Frauentages: „Rosen für Clara“, Clara-Zetkin-Denkmal, Clara-Zetkin-Platz, Niemegker Straße, 12689 Berlin. Bringt Blumen mit!



... und
DIE LINKE
aktiv
unterstützen:



Hinten links:

Menschen und Waffen

Waffen werden von Menschen konstruiert, hergestellt, geführt und angewendet.

Vom 23. Februar (Tag der Sowjetarmee) bis 1. März (Tag der NVA) erstreckte sich zu Zeiten des „Eisernen Vorhangs“ die Woche der Waffenbrüderschaft.

Diese will Trump XLV. den NATO-Partnern kündigen – jene sollen den USA für „Schutz“ künftig (noch mehr) zahlen.

Gegenwärtig stellen die US-Streitkräfte etwa 75 % des militärischen Potentials der NATO – die europäischen Partner zusammen genommen nur 15 % (in Worten: fünfzehn); hinzu kommt die Türkei mit 10 %. Die europäischen NATO-Mitglieder tragen derzeit 51 % von den Gesamtkosten der NATO – in Worten einundfünfzig Prozent.

Frage

Wie relativieren sich diese 51 % weiter, wenn aus den „Top 100“ allein die 44 US-Rüstungsfirmen 60 % der Welt-Umsätze einkassieren – die 30 der Friedens-Nobel-Preisträgerin EU zugehörenden nur 29 %?

R. Rüdiger

Bezirksvorstand

» 7.2., 21.2., 7.3. jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Beratungen des Bezirksvorstandes

Basisgruppensprecher-Beratungen

» 2.2., 2.3., 6.4. jeweils 19.30 Uhr, BO Hellersdorf, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

» 8.2., *) 5.4. jeweils 18 Uhr, BO Biesdorf/Marzahn-Süd, Wahlkreisbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin (Achtung: neuer Termin, verschoben vom 1.2.)

» 9.2. (neu! verschoben vom 2.2.), 3.3., 6.4. jeweils 19.30 Uhr, BO Marzahn, Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

Treffen in den Wahlkreisen 3 und 6

» 28.2., 19 Uhr, Treffen aller in den Wahlkreisen 3 und 6 wohnenden Mitglieder mit Kristian Ronneburg (MdA), Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

Treffen im Wahlkreis 4 *)

» 1.3., 18 Uhr, Treffen aller im Wahlkreis 4 wohnenden Mitglieder mit Regina Kittler (MdA), Wahlkreisbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin (Achtung: dafür entfällt die BO-Sprecherberatung für den Monat März)

Sprechstunde mit Petra Pau (MdB)

» 22.2., 10-12 Uhr, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Straße 10-12, und 12.30-14.30 Uhr, Marktplatz-Center, Helle Mitte, Stendaler Straße 24, 12627 Berlin, 15-17 Uhr, STZ „Kompass“, Kummerower Ring 42, 12619 Berlin, telefonische Anmeldung unter: 030 99289380

Abgeordnetenbüro

» Dr. Manuela Schmidt (MdA), Tel. 030 54980323 und Regina Kittler (MdA), Telefon: 030 54980322, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

BVV-Fraktion

» Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mo 16–18 Uhr, di 9–12 Uhr, mi 15–17 Uhr, do 15–18 Uhr (außer am Sitzungstag der BVV), Telefon 030 902935820, E-Mail: fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12
(Telefon: 030 5412130/030 9953508 - Telefax: 030 99901561)

Montag: 13 - 17 Uhr
Dienstag: 10 - 17 Uhr
Donnerstag: 13 - 18 Uhr
Freitag: 10 - 13 Uhr (Schließtag am 3.2.2017)

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrer Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin
fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Bearbeitungsschluss: 30.01.2017. Auslieferung ab: 01.02.2017. **Druck:** Eigendruck. **Marzahn-Hellersdorf links** wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 35 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 01.03. und 05.04.2017.